

Schwarz-Gelb kann und will es nicht!

Planlose Sparwut auf Kosten der Schwächsten und der Zukunft des Landes

Von

Dr. Ernst Dieter Rossmann

Schwarz-Gelb kann es nicht, wo es um eine überzeugende sachgerechte Politik geht. Und Schwarz-Gelb will es nicht, wo es auf Gerechtigkeit und Fairness gegenüber den sozial Schwächeren ankommt.

Präsentierte sich die Bundesregierung unmittelbar nach der Bundestagswahl noch mit 3,5 Mrd. Euro Steuergeschenken für Hoteliers, Unternehmen und reiche Erben, geht jetzt der Kurs Richtung „planlose Sparwut“ auf Kosten der Zukunft unseres Landes und mit Verschärfung der sozialen Spaltung.

► Beispiel 1: Der Rentenversicherungsbeitrag für ALG-II-Empfänger soll wegfallen. Für viele Menschen ist der Weg in die Altersarmut damit vorgezeichnet und die Kommunen müs-



Die Lübecker Abgeordnete Gabriele Hiller-Ohm (Mitte) sammelt Unterschriften im Deutschen Bundestag für den Erhalt der Uni Lübeck und des UKSH. Unterstützung kommt von: Andrea Nahles, Frank-Walter Steinmeier, Sönke Rix und Ernst Dieter Rossmann (v.l.). Einen Bericht von Gabriele Hiller-Ohm über die Sparpläne in punkto Uni Lübeck lesen Sie auf der nächsten Seite.

sen später die Zeche zahlen, wenn mehr ältere Menschen Grundsicherung beantragen müssen.

► Beispiel 2: Trotz steigender Energiekosten soll der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger gestrichen werden. Eine empfindliche Einbuße für viele Arbeitnehmerhaushalte!

► Beispiel 3: Das Elterngeld soll bei ALG-II-Empfängerinnen ganz gestrichen werden, während es z.B. bei Arzt-Gattinnen erhalten bleibt. Als ob diese auf die 300 Euro mehr angewiesen seien als Menschen mit geringen Einkommen, die Verantwortung für Kinder haben.

Bei der Bildungsförderung, die für unsere Zukunft so wichtig ist, hat die Bundeskanzlerin viel versprochen und wenig erreicht. Der letzte Versuch am 10. Juni war jedenfalls ein Flop.

Denn die durch unsinnige Steuersenkungen gebeutelten Länder waren nicht in der Lage, ihren Anteil zu leisten, und haben den Gipfel platzen lassen. Stattdessen investiert Schwarz-Gelb im Bund lieber in unsoziale und ineffektive Maßnahmen wie z.B. das Nationale Stipendienprogramm. 300 Euro monatlich sollen

160.000 vorgeblich begabte Studierende auf Vorschlag ihrer Uni ohne soziale Erfordernis oben drauf bekommen. Statt wie Schwarz-Gelb für die Verfestigung der sozialen Selektivität 600 Mio. Euro auszugeben, will die SPD das Geld lieber für klare Verbesserungen des BAföG bereitstellen. Wir wollen hier die Einkommensfreibeträge deutlich um zehn Prozent erhöhen, damit mehr Jugendliche aus der unteren Mittelschicht in den Genuss der Förderung kommen. Da wollte Schwarz-Gelb aus ideologischen Gründen nicht mitgehen. Zukunftspolitik sieht anders aus.

Gleiches gilt für Schleswig-Holstein. Auch hier hatte Schwarz-Gelb den unsinnigen Steuergeschenken zugestimmt. 130 Mio. Euro weniger haben Land und



Landesgruppensprecher
Dr. Ernst Dieter Rossmann

Weitere Themen dieser Ausgabe

- Historische soziale Schieflage Seite 3
- Mehr Freiwilligkeit im Wehrdienst Seite 4
- Initiativen der Landesgruppe Seite 5
- Ostseepolitik viermal ganz konkret Seite 6
- Jugendfreiwilligendienste Seite 7
- Interview mit Eckart Kuhlwein Seite 9
- Impressionen von der Präsidentenwahl
Seiten 12

- Fortsetzung auf Seite 2 -



Fortsetzung von Seite 1:

Kommunen im Jahr durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes, die jetzt auf Kosten der Bildung und der Schwachen und Armen wieder reingeholt werden müssen.

Besonders kurzfristig und nachteilig für die Zukunft des Landes ist aber, was CDU und FDP in der Hochschullandschaft in Schleswig-Holstein anrichten. Mit dem Abbau von 2.300 Studienplätzen in Flensburg und Lübeck und dem Ausstieg aus dem Hochschulpakt II von Bund und Ländern für mehr Studienanfängerplätze spielt der „Wissenschaftsvernichtungsminister“ de Jager nicht nur mit den Chancen der jungen Generation. Auch die Wirtschaftskraft und technologische Leistungsfähigkeit werden massiv geschwächt.

Dabei soll niemand sagen, dass der Weg zur Verbindung von sozialer Gerechtigkeit, zukunftssträchtigen Investitionen und Haushaltskonsolidierung durch solide Finanzen nicht machbar ist. Mit der Haushaltspolitik von Peer Steinbrück 2011 hätten wir keine neuen Schulden aufnehmen müssen, wenn die Finanzkrise nicht gekommen wäre. Weshalb weigert sich Schwarz-Gelb jetzt, die Finanzbranche nachhaltig an den Folgen dieser Krise zu beteiligen? Weshalb ziehen sie Spitzeneinkommen und große Vermögen nicht für die Finanzierung von Bildung und Forschung über einen „Bildungssoli“ heran? Gegen ideologischen Starrsinn von Schwarz-Gelb hilft da offensichtlich nur eins: die Stärkung der Sozialdemokratie in Bund, Land und den Kommunen!

Weltweiter Protest gegen Sparpläne: Medizinstandort Lübeck erhalten!

Die radikalen Sparpläne der schwarz-gelben Landesregierung im Bildungsbereich haben heftige – inzwischen sogar weltweite – Proteste ausgelöst. CDU und FDP wollen 2012 den Studiengang an der Universität Lübeck auflösen und das Universitätsklinikum des Landes (UKSH) bis 2015 privatisieren.

Für die ganz überwiegend auf Medizin ausgerichtete Uni Lübeck bedeutet ein Wegfall der Mediziner-Ausbildung das Ende. Der hochangesehene Standort Lübeck würde irreparabel geschädigt, Schleswig-Holstein bundesweites Renommee und wesentliche Zukunftspotentiale verlieren.

Die Mediziner-Ausbildung in Lübeck ist bundesweit spitze. Im Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) belegt die Uni Lübeck Platz eins in Deutschland. Es gibt ein Exzellenzcluster mit dem Forschungszentrum Borstel und der Uni Kiel, eine Graduiertenschule und drei große Sonderforschungsgebiete. Lübecker Professoren sind weltweit hoch angesehen, wie der Sars-Forscher Rolf Hilgenfeld oder der Schlaflforscher und Leibniz-Preisträger Jan Born. Medizinische Forschung, die Qualität des UKSH sowie Medizintechnik und Gesundheitswirtschaft stehen und fallen mit der Uni Lübeck. Die Fraunhofer-Einrichtung für Marine Biotechnologie in Lübeck, das Leibniz-Zentrum Borstel, die mehr als 1.000 in der Region angesiedelten Unternehmen in der Medizin, Medizintechnik und dem Gesundheitswesen und das



Weit über 50.000 Unterschriften haben die Lübecker schon für den Erhalt ihrer Uni gesammelt - und täglich werden es mehr

UKSH mit Maximalversorgungsanspruch – sie alle sind auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen.

CDU und FDP drohen nun, die Zukunft des Landes kaputtzusparen. Dies stößt auch in der Bundeshauptstadt auf Protest. An meiner Unterschriftensammlung zum Erhalt der Uni Lübeck haben sich viele „Promis“ wie Frank-Walter Steinmeier beteiligt. Auch SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach und Sozialexperte Ottmar Schreiner solidarisierten sich mit der Protestbewegung. Der Protest ist mittlerweile international: 250 Forscher von 150 Unis aus 50 Ländern haben mit ihrer Unterschrift gegen das Medizin-Aus protestiert.

Das Versprechen der Kanzlerin, an Bildung nicht zu

sparen, hat im schwarz-gelb regierten Schleswig-Holstein ganz offensichtlich keine Bedeutung. Ministerpräsident Carstensen lobte noch ganz dreist Anfang Juni in Berlin den Medizinstandort im Norden – während draußen die Studenten und Professoren protestierten – und beerdigt ihn sehenden Auges. Die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der Studiengangschließung schweigt die Landesregierung eisern tot.

Angesichts von fast 25 Mrd. Euro Schulden benötigt das Land eine Konsolidierung mit Konzept, keine Austrocknung zukunftssträchtiger Strukturen. Die SPD sagt Nein zur schwarz-gelben „Sparpolitik“ und Ja zum Erhalt der Uni Lübeck!

Gabriele Hiller-Ohm

Kommentar

Historische soziale Schieflage

Kurz nach der NRW-Wahl rückte die Regierung mit der Wahrheit heraus und legte ein angeblich „historisches“ Sparpaket vor, um angesichts von Finanzkrise, Schuldenbremse und demografischem Wandel den Staatshaushalt zu „konsolidieren“ – nachdem sie noch kürzlich Steuergeschenke für Hoteliers verteilt hatte. „Historisch“ ist allerdings vor allem die „Soziale Schieflage“, mit der der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ebenso wie die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme aufs Spiel gesetzt wird. Unbestritten ist, dass gespart werden muss – die Frage ist: wo und wie?

Die Antwort der Regierung: massive Kürzungen im Arbeits- und Sozialbereich, während Belastungen der Wirtschaft bewusst unkonkret bleiben. Die geplante Kürzung des Zuschusses zur Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose von über zwei Mrd. Euro jährlich spart nicht einen einzigen Cent. Sie verlagert nur Kosten in die Zukunft und plündert die Rentenkasse, so dass schon ab 2013 die Rücklage dermaßen knapp sein wird, dass Beitragserhöhungen (nach der nächsten Bundestagswahl!) unvermeidlich werden. Die gesetzliche Regelung, den Rentenbeitragssatz bis 2020 unter 20 Prozent zu halten, wird Makulatur.

Bei der Bundesagentur für Arbeit, deren Rücklage per Gesetz von Schwarz-Gelb vom März 2010 Ende des Jahres bei null sein wird, kürzen CDU/CSU und FDP 2011 zwei Mrd. Euro, ab 2013 sollen schon fünf Mrd. Euro pro Jahr eingespart werden. – Das sind gegenüber den gut zehn Mrd. Euro, die 2010 für aktive Arbeitsmarktpolitik ausgegeben wurden, fast die Hälfte! Dies geht zu Lasten der Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration von Behinderten, Alleinerziehenden, Frauen, Unter-25-Jährigen und der Generation 50plus, denn bisherige

Pflichtleistungen liegen nun im Ermessen der Mitarbeiter in den JobCentern, deren Budget gleichzeitig beschnitten wird. So wird nicht Arbeit finanziert, sondern Arbeitslosigkeit!

Zudem gefährdet dieser Kahlschlag massiv den Erfolg der gerade beschlossenen JobCenter-Reform, mit der die bewährte „Hilfe aus einer Hand“ für Arbeitslose erhalten werden soll. In den Jobcentern darf aber diese helfende Hand für die Arbeitssuchenden nicht leer sein! Die JobCenter brauchen verlässliche finanzielle Mittel für langfristig wirksa-

me arbeitsmarktpolitische Programme. Wir wollen, dass u.a. die Förderung der Weiterbildung Älterer, der Qualifizierungszuschuss jüngerer Arbeitnehmer und der Ausbildungsbonus unbefristet verlängert und dafür Geld bereitgestellt wird. Doch für die Finanzierung dieser Reform und der – angesichts des bevorstehenden Fachkräftemangels auch in Schleswig-Holstein – wichtigen Qualifizierungsmaßnahmen bleibt Dank Sparpaket von Schwarz-Gelb nur eine Finanzierungslösung: Beitragserhöhungen der Arbeitslosenversicherung ab 2011 zu Lasten des Faktors Arbeit.

Und die Krankenversicherungsbeiträge? Die werden künftig auch steigen müssen, aber Dank den von Schwarz-Gelb gedeckelten Arbeitgeberbeiträgen allein zu Lasten der Arbeitnehmer mit erhöhten Zusatzbeiträgen von jetzt acht um weitere 20 Euro ab 2011! Das ist kein Sparen, sondern eine



Bettina Hagedorn, Haushaltsexpertin für den Bereich Arbeit und Soziales und der ehemalige Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz bei einer Veranstaltung in Kellenhusen/Ostholstein

- Termine -

30.08.10, 19 Uhr, Oldenburg:

Bettina Hagedorn lädt ein zur Diskussion mit der ehemaligen Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** zum Thema **Bürgerversicherung vs. Kopfpauschale**. Veranstaltungsort ist der Schützenhof in der Göhler Straße.

03.09.10, 19 Uhr, Eutin:

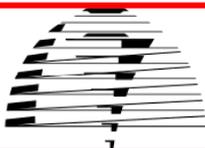
Um das Thema **Afghanistan** geht es bei der Diskussionsveranstaltung, zu der **Bettina Hagedorn** in die Aula des Carl-Maria von Weber Gymnasiums einlädt. Referentin ist **Dr. Almut Wieland-Karimi**, frühere Leiterin der FES in Kabul und jetzige Direktorin des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin.

einseitige Verschiebung von Kosten von Arbeitgebern auf die schmalen Schultern der Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Patienten!

Und der Beitrag der Wirtschaft? Eine Farce! Die Betreiber der knapp 20 Atomkraftwerke sollen ab 2011 jährlich insgesamt 2,3 Mrd. Euro „Brennelementesteuer“ zahlen. Eine lächerliche Summe, wenn bei gleichzeitiger Laufzeitverlängerung ein einziger Meiler (nach Abschreibung) jährlich fast 400 Mio. Euro Zusatzgewinn macht!

Und die „Besserverdienenden“? Als Bundestagsabgeordnete gehöre ich dazu: Meine Belastung wird bei diesem Sparpaket aber quasi bei null liegen. – DAS ist historisch ungerecht!

Bettina Hagedorn



Standpunkt

Ist die Wehrpflicht tot? Mit ihrem Bundestagsbeschluss zur Verkürzung des Dienens von neun auf sechs Monate ruiniert die christlich-liberale Koalition gerade dessen letzten militärischen Nutzen. Das Ende der alten Wehrverfassung unseres Grundgesetzes scheint nah, eingeläutet von einem CSU-Verteidigungsminister, der zur Begründung den gequälten Kompromiss des Koalitionsvertrages vom letzten Oktober anführt und gleichzeitig ankündigt, aus Sparsamkeitsgründen die Wehrpflicht in ein paar Monaten vielleicht doch ganz „aussetzen“, also abschaffen zu wollen.

Die Frage, warum dann erst noch eine neue Organisation für Ausbildung und Kurzzeitpraktikum der W6er in der Bundeswehr geschaffen werden muss, beantworten koalitionstreue Abgeordnete damit, dass die nutzlose Verkürzung eben schon versprochen war: Dabei müsse es fürs nächste und

Impressum

Herausgeber

Dr. Ernst Dieter Rossmann,
MdB, Sprecher der Landesgruppe
Schleswig-Holstein

Redaktion & Layout

Nadine Brockmann
Landesgruppenbüro:
PLH, 7.144, 11011 Berlin
Tel.: 030/227-75318
Fax: 030/227-76817
Mail: sh-ig.spd@bundestag.de

Schlusskorrektur

Kai Mühlstädt
Büro Dr. Hans-Peter Bartels,
MdB

Mehr Freiwilligkeit im Wehrdienst



Verteidigungsexperte Hans-Peter Bartels im Gespräch mit Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Holloman/USA

übernächste Einberufungsquartal bleiben – wegen der „Planungssicherheit“ für die betroffenen jungen Männer. Irgendwann 2011 könnte dann Schluss sein mit dem Pflichtdienst.

In einer Rede Ende Mai in Hamburg hatte Verteidigungsminister Guttenberg bereits einen radikalen Kurswechsel der deutschen Sicherheitspolitik vollzogen. Er sagte vor Generalen und Admiralen: „Der mittelfristig höchste strategische Parameter, quasi als conditio sine qua non, unter dem die Zukunft der Bundeswehr gestaltet werden muss, ist das globalökonomisch gebotene und im Verfassungsrang verankerte Staatsziel der Haushaltskonsolidierung, also die ‚Schuldenbremse‘.“ Von klassisch-sicherheitspolitischen Fragen, von Landes- und Bündnisverteidigung, neuen Risiken, Qualität der Armee, Intelligenz des Nachwuch-

ses, fester Verankerung in der ganzen Gesellschaft – von all dem, was fünf Jahrzehnte Konsens in der bundesdeutschen Demokratie war, ist nichts mehr zu hören.

Dabei wäre ein neuer Konsens nicht so schwer zu finden. Niemand will exakt das alte Wehrpflichtmodell retten. Wenn nur noch ein Bruchteil des Jahrgangs gebraucht wird, wenn davon erst einmal die Hälfte als „untauglich“ ausgemustert wird, dann sind Reformen nötig – und möglich.

Kein Reservist wird heute mehr gegen seinen Willen zu Reserveübungen oder zum Auslandseinsatz eingezogen (obwohl das weiterhin rechtlich möglich wäre); nur Freiwillige kommen. Zugleich sind etwa 25.000 Wehrdienstleistende in der Bundeswehr längerdienende sogenannte FWDL: freiwillig Wehrdienst Leistende;

sie sind, wie der Name schon sagt, freiwillig da. Weitere 30.000 Grundwehrdienstleistende sind da, obwohl niemand sie gefragt hat; sie kommen ihrer Pflicht nach, vielleicht gern, vielleicht gegen ihren Willen.

Hier künftig auf „Freiwillig Grundwehrdienstleistende“ zu setzen, wäre die Lösung des Wehrgerechtigkeitsproblems (niemand muss gegen seinen Willen kommen), des gesellschaftlichen Verankerungsproblems (alle werden gefragt), der Sicherheitsvorsorge (wenn die Lage dramatisch würde und die Rechnung nicht mehr aufginge, könnte einberufen werden wie heute). Nichts wird aufgegeben – aber die Chance der Freiwilligkeit in einer kleineren Bundeswehr würde voll genutzt. Pflicht so weit wie nötig – Freiwilligkeit so weit wie möglich!

Dr. Hans-Peter Bartels

Lex Haspa: Falsches Gesetz zum falschen Zeitpunkt

„Durch die Änderung des Landessparkassengesetzes geraten die Sparkassen in ganz Deutschland in Gefahr“, warnte die SPD-Landtagsfraktion. Die Landesgruppe lud daraufhin Spitzenvertreter von Sparkassen und Verbänden zu einem Gespräch nach Berlin ein, um sich über die Problematik zu informieren.

Das Votum der anwesenden Fachleute war einhellig: „Das Gesetz führt zu einer Schwächung der Sparkassen!“ Die von der Landesregierung geplante Gesetzesänderung sei zwar darauf zugeschnitten, der Hamburger Sparkasse (Haspa) eine Beteiligung an Sparkassen in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, könne aber bundesweit zu einem Dammbbruch führen, wenn andere Banken sich mit Verweis auf das SH-Gesetz

in andere öffentlich-rechtliche Sparkassen hineinklagten. Die Landesgruppe war alarmiert und besorgt um die Zukunft der gerade für Geringverdiener und Handwerksbetriebe so wichtigen Geldinstitute.

Die SPD-Bundestagsfraktion nahm die Sorge auf und formulierte einen Gesetzesantrag, in dem sie die Bundesregierung aufforderte, bei der Landesregierung Schleswig-Holstein zu intervenieren (Drucksache

17/1963). - Bezeichnend, dass die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag den Antrag abbügelte. Die CDU-FDP-Koalition in Schleswig-Holstein hat das Gesetz inzwischen kaum verändert beschlossen. (nb)



Karl Stenmans (AG der Personalräte, Sparkasse Holstein), Götz Bormann (Vorstandsvorsitzender Förde Sparkasse), Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis (geschf. Vorstandsmitglied DSGV), Bettina Hagedorn, Dr. Hans Peter Bartels und Peter Becker (stellv. Vorsitzender der Sparkasse Holstein)

Verkehrspolitik: Viele Fragen - wenig Antworten

Ein echtes Gemeinschaftsprojekt von SPD-Landesverband und SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein ist die Kleine Anfrage zur Verkehrsinfrastruktur für Schleswig-Holstein (Bundestagsdrucksache 17/2203). Eine stolze Menge von 88 Fragen an die Bundesregierung ist zusammengelassen. Weitestgehend enttäuschend hingegen sind die Antworten der Bundesregierung in der Drucksache 17/2398.

Welche Finanzmittel sieht die Bundesregierung für die Verkehrsinfrastruktur in Schleswig-Holstein vor? Welches Finanzierungsmodell präferiert die Bundesregierung für die vorgesehene Feste Elbquerung bei Glückstadt im Verlauf der A20? Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Verbesserung der Hinterlandanbindung der Lübecker und Kieler Häfen?

Diese und 85 detaillierte Fragen zu den unterschiedlichen Verkehrsträgern von der Schiene über die Straße

bis hin zu den Wasserwegen haben die Nordgenossen zusammengestellt.

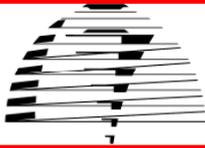
Die Initiative zu der Kleinen Anfrage ging aus von der Landesgruppe im Vorwege der Verkehrskonferenz des SPD-Landesverbandes am 7. Juni. Jörn Thießen, für Verkehrspolitik zuständiges Landesvorstandsmitglied, bat daraufhin nicht nur die AG Verkehr des Landesverbandes, sondern auch Ortsvereine, Kreisverbände, Landtagsabgeordnete und die Europaabgeordnete darum, sich mit ihren Fra-

gen an der Kleinen Anfrage zu beteiligen - mit guter Resonanz. Einen großen Stapel von Fragen brachten auch die MdBs der Landesgruppe aus ihren Wahlkreisen mit.

Offensichtlich hat sich aber die Bundesregierung bei der Beantwortung des umfangreichen Fragenkatalogs nur halb so viel Mühe gegeben. Das Ergebnis ist in großen Teilen enttäuschend, denn eines ist klar ersichtlich: Das Land zwischen den Meeren kann von der aktuellen Bundesregierung weder besonderes Engagement noch zusätzliche finanzielle Mittel für wichtige verkehrspolitische Projekte erwarten.

Um seine Mitglieder umfassend zu informieren, wird

der Landesverband im September eine Broschüre herausbringen, in der die Antworten der Bundesregierung aus Sicht der Nord-SPD kommentiert werden. Jörn Thießen: „Die Resonanz auf das Thema Verkehrspolitik war so groß, dass der Landesvorstand beschlossen hat, diese inhaltliche Arbeit fortzusetzen und zu verstärken. Auf Grundlage der Antworten der Kleinen Anfrage wird eine zweite Verkehrskonferenz vorbereitet, die sich nach dem ersten Schwerpunkt Fehmarnbelt, den wir im Juni in Lübeck besprochen haben, mit anderen wichtigen Themen der Verkehrspolitik befassen wird, u.a. mit der Elektromobilität, dem Radwegenetz und der Elbquerung.“ (nb)



Ostseepolitik viermal ganz konkret

Im Vorfeld der im August in Mariehamn auf den Åland-Inseln stattfindenden 19. Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) hat Franz Thönnies eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt und fragt darin, wie sie mit den Forderungen der BSPC 2009 an die Regierungen der Ostsee-Anrainerstaaten umgeht. Nun liegt die Antwort vor (Drucksache 17/2206 unter www.bundestag.de).

Obwohl im Umweltbereich der von Minister Gabriel geprägte Kurs weitgehend fortgesetzt wird, bleibt die Ostseepolitik der Regierung hinter ihren Möglichkeiten zurück. „Sie könnte in der Ostsee-Kooperation, der Schiffssicherheit und bei grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten eine viel stärkere Rolle einnehmen“, sagt Franz Thönnies.

Deshalb freut sich der Abgeordnete, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni eine Tagung für Parlamentarier und Experten aus den Ostseestaaten zur Vorbereitung der BSPC 2010 durchgeführt hat. Diesmal ging es



Ostseepolitikexperte Franz Thönnies mit den Teilnehmern der BSPC-Tagung der FES in Berlin

um Kooperation, Sicherheit, Frieden, Klimawandel und Biodiversität. Eine der Forderungen für die BSPC: die EU-Ostseestrategie und die Politik der Nördlichen Dimension so zu gestalten, dass auch die Nicht-EU-Mitglieder Island, Norwegen und Russland gut mit einbezogen werden. Ebenso sprach man sich dafür aus, schrittweise die Visaregeln zwischen der EU und Russland abzubauen.

Konkret dargestellt wurde auch das im Rahmen des Baltic Sea Labour Network (BSLN) entwickelte Projekt, in deutsch-polnischer Kooperation an der gemeinsamen Grenze ein Info- und Kompetenzzentrum für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu errichten.

Schwerpunkt soll die Information von Pendlern in einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt über arbeits-, sozial-, tarif-, arbeitsschutz- und steuerrechtliche Fragen sein. Auch ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch unter allen Grenzpendler-Informationszentren der Ostseeregion soll erfolgen. Thönnies, der die BSPC im Steuerungsausschuss des BSLN vertritt: „Wir wollen wie beim Infocenter Graense an der deutsch-dänischen Grenze in Padborg, dass für Grenzpendler die Arbeit in dem anderen Land in guter sozialer Sicherheit stattfindet. Damit setzen wir die BSPC-Forderungen voll um.“

Das BSLN selbst ist 2008 auf Initiative des DGB Nord

gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband NORDMETALL und mit Unterstützung von Franz Thönnies entstanden. Jetzt ist es ein mit 22 Partnern und 2,6 Mio. Euro gefördertes Flaggschiff-Projekt der EU-Ostseestrategie. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, der Ostseerat, die BSPC und weitere Mitstreiter haben sich zusammengeschlossen, um das Management grenzüberschreitender Arbeitsmärkte zu verbessern und transnationale Anpassungsstrategien, Aktionen und Modelle zu entwickeln.

Es ist das erste Mal in der Ostseeregion, dass sowohl die Länder als auch die Sozialpartner gemeinschaftlich nach Problemlösungen suchen und Voraussetzungen für zukunftsfähige Arbeitsmärkte schaffen wollen. Auf Projektpartnerebene werden in allen acht teilnehmenden Staaten Studien durchgeführt, um zielgerichtet Aktivitäten wie Seminare, Qualifizierung und Diskussionen zwischen Sozialpartnern und Regierungen durchzuführen.

Etat kürzung auch bei Ostseepolitik

Die Ostseepolitik des nördlichsten Bundeslandes stand kürzlich bei einem Gespräch der Landesgruppe mit dem Bevollmächtigten des Landes Schleswig-Holstein beim Bund, Heinz Maurus auf der Tagesordnung. „Die Aktivitäten im Ostseeraum sind im Land noch zu wenig bekannt. Da muss man noch ein paar Schippen drauflegen“, forderte Franz Thönnies.

Maurus wies auf die Etat kürzungen hin, die auch im Bereich der Ostseepolitik in den kommenden zwei Jah-

ren zu erwarten sind. „Wir werden uns entscheiden müssen, ob wir aktive Programmtitel oder Institutsförderungen zurückfahren“, kündigte der Staatssekretär der Landesregierung an.

Dem Vorschlag der SPD-Landesgruppe - eine gemeinsame Veranstaltung zur Ostseepolitik in der Landesvertretung Schleswig-Holstein - stand Maurus allerdings positiv gegenüber. Er bat die MdBs auch, sich an der Diskussion um die Dänemarkstrategie des Landes zu beteiligen. (nb)

Jugendfreiwilligendienste - Erfolgsmodell mit Zukunft

Die SPD-Bundestagsfraktion hat kürzlich einen Antrag zur „Stärkung der Jugendfreiwilligendienste“ in den Bundestag eingebracht. Wir plädieren darin für den Ausbau der Platzzahlen, eine höhere finanzielle Unterstützung und klare rechtliche Rahmenbedingungen für Freiwillige.

Jugendfreiwilligendienste sind ein Erfolgsmodell und erfreuen sich bei jungen Menschen zwischen 15 und 27 Jahren großer Beliebtheit. Sie sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements und wichtige Lernorte zwischen Schule und Ausbildung. Den Jugendlichen und jungen Erwachsenen vermitteln sie fachliche, soziale und interkulturelle Fähigkeiten und stärken Selbstständigkeit, Selbst- und Verantwortungsbewusstsein.

Jugendfreiwilligendienste können im In- und Ausland geleistet werden. Die Freiwilligen werden sechs bis 24 Monate in gemeinwohlorientierten Einrichtungen von Krankenhäusern über Kindertagesstätten bis hin zu Naturschutzstationen und kulturellen Einrichtungen zusätzlich zu den hauptberuflichen Fachkräften eingesetzt.

Die Jugendfreiwilligendienste werden vom Bund mit

einer monatlichen Pauschale für die pädagogische Begleitung gefördert. Damit die Jugendfreiwilligendienste zukunftsfähig sind, müssen wir sie weiterentwickeln. Dazu gehören der qualitative Ausbau durch eine Erhöhung dieser Förderpauschalen sowie der quantitative Ausbau des Platzangebotes.

Zurzeit bewerben sich auf eine Stelle durchschnittlich drei junge Menschen. Wir fordern daher, am bereits

Antrag der SPD

2005 vom Bundestag beschlossenen Ausbau auf mindestens 30.000 Plätze, die vom Bund gefördert werden, festzuhalten. Jeder Jugendliche und junge Erwachsene, der einen Freiwilligendienst absolvieren möchte, soll dazu auch die Möglichkeit erhalten.

Es ist wichtig, dass die Freiwilligen ganz praktisch An-

erkennung erfahren, z.B. durch Vergünstigungen bei öffentlichen Unternehmen und im öffentlichen Personennahverkehr.

Wir wollen, dass alle die Möglichkeit erhalten, einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Die Jugendfreiwilligendienste müssen für Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund geöffnet und Hemmschwellen beim Zugang überwunden werden. Tandemträgermodelle haben sich in Modellversuchen bewährt. Mit ihnen können Migrantenorganisationen eingebunden und selbst Träger von Jugendfreiwilligendiensten werden.

Diese und weitere Punkte will die SPD-Bundestagsfraktion in einem Jugendfreiwilligendienstestatusgesetz festlegen, das Trägern und jungen Engagierten Rechtssicherheit und -transparenz verschafft und zugleich die Anerkennung der Jugendfreiwilligendienste steigert.

Der Ausbau der Jugendfreiwilligendienste ist unserer Meinung nach der einzig sinnvolle Weg in der aktuel-



Sönke Rix, MdB

len rückwärtsgewandten Diskussion zur Reform von Wehr- und Zivildienst. Mitte Juni hat Schwarz-Gelb die sogenannte freiwillige Verlängerung des Zivildienstes verabschiedet, die wir in der Großen Koalition noch verhindern konnten. Wir wollen die Mittel, die nun in die Verlängerung eines Pflichtdienstes fließen, den Jugendfreiwilligendiensten zur Verfügung stellen, weil wir glauben, dass sie dort viel sinnvoller angelegt sind.

Den Antrag finden Sie auf meiner Homepage unter www.soenke-rix.de/docs/1702117.pdf.

Sönke Rix

Powerfrauen zu Gast im Deutschen Bundestag



Frauke Redderberg, Bettina Hagedorn, Frank-Walter Steinmeier, Annelies Wiesner sowie Heike Köpke aus Ratzeburg, die von Gabrielle Hiller-Ohm eingeladen wurde

Am 11. Juni fand im Bundestag bereits der achte „Ladies‘ Day“ auf Initiative der SPD-Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn und ihrer Berliner Kollegin Petra Merkel seit 2003 statt. 50 Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus der ganzen Republik und aus unterschiedlichen Branchen erwartete ein interessantes Programm in Berlin.

Bettina Hagedorn: „Hauptziel der Veranstaltung

bleibt, den persönlichen Kontakt zwischen Politik und Wirtschaft zu stärken, um gemeinsam Projekte voranzubringen. Wichtig ist uns aber auch, dass starke Frauen bundesweit untereinander Verbindungen aufbauen, da dieses ‚Networking‘ gerade in Schlüsselpositionen besonders hilft. Der direkte Erfahrungsaustausch zwischen Frauen in Politik, Wirtschaft und Verbänden erweitert zudem den ‚Horizont‘ und macht im Alltag Mut!“

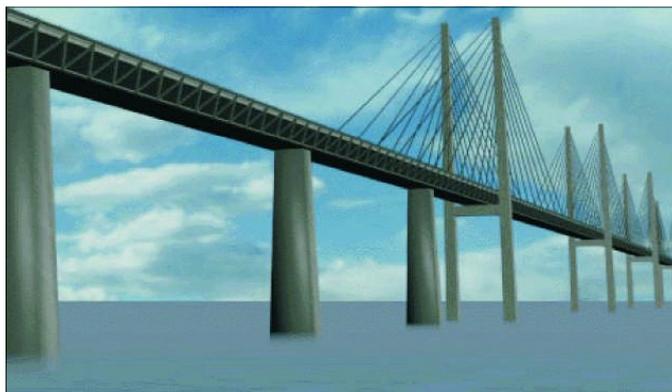


Grenzüberschreitende Ausbildung beim Querungsbau

2009 haben die Parlamente Dänemarks und Deutschlands eine positive Entscheidung zum Bau einer Fehmarnbeltquerung beschlossen. Die Diskussion hierüber hält jedoch angesichts damit verbundener Finanz-, verkehrs-, umwelt- und tourismuspolitischer Fragen an. Ob Brücke oder Tunnel ist ebenfalls offen. Doch wie auch immer eine endgültige Entscheidung aussehen mag, Brücken und Tunnel sind neben Fährlinien sowie dem Luftverkehr die zentralen Verbindungen zwischen Ländern, die durch Gewässer getrennt sind. Alle Verbindungen brauchen aber als stabile Träger das gute, kulturelle Zusammenleben der Menschen. Dabei erhalten zunehmend grenzüberschreitende Arbeitsmärkte eine besondere Bedeutung. Zu sehen ist dies beispielhaft in der Grenzregion Sønderjylland/Schleswig-Flensburg.

Vor diesem Hintergrund und für den Fall, dass es zum Bau einer Querung kommt, hat SPD-MdB Franz Thönnnes das Projekt „FBQ - Fördern - Bilden - Qualifizieren“ entwickelt. Zentraler Teil ist die gemeinsame Berufsausbildung von dänischen und deutschen Jugendlichen nach dem Ausbildungsrecht beider Länder inklusive der Vermittlung der zwei Sprachen sowie Englisch beim Bau der Fehmarnbeltquerung in den beteiligten Unternehmen, organisiert durch eine Ausbildungs- und Qualifizierungsgesellschaft. Ziel ist eine Prüfung nach deutschem und dänischem Recht abzulegen, um zu beidseitig der Grenze anerkannten Lehrzertifikaten zu kommen.

Bei dem zu erwartenden Einsatz von ca. 7.000 Beschäftigten während der Bauphase schlägt der SPD-Politiker vor, zwischen 600 und 800 jungen Dänen und Deutschen beim Bau der



Modell der möglichen Brücke über den Fehmarnbelt

Querung auszubilden. Hinzukommen könnte eine gewisse Zahl Jugendlicher aus den Baltischen Ländern. Zusätzliche Förderungen könnten aus dem Europäischen Sozialfonds, der EU-Baltic-Sea-Strategy und anderen Programme kommen.

Das Ziel ist eine Stärkung der sozioökonomischen Verhältnisse in der Region durch die Nutzung der Wachstumseffekte, die sich aus dem Bau der Querung ergeben. Für das Projekt

„FBQ“ steht vor allem die Zukunft der jungen Menschen durch eine länderübergreifende Ausbildung in der Fehmarnbelt-Region im Vordergrund. „Die Jugendlichen hätten später ein wirklich einmaliges Gesellenstück vorzuweisen und könnten ohne Hindernisse Arbeit in beiden Ländern finden“, erläutert Thönnnes.

Weitere Informationen auf: www.thoennes.de: „Arbeits-schwerpunkte“ - „Projektskizze“.

Karl Lauterbach zu Gast im Betreuungswahlkreis



Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Prof. Dr. Karl Lauterbach war in Schleswig, Kiel und Lübeck zu Gast
Foto: © D. Butzmann/ F. Jaenicke/ S.Knoell/ B. Kraehahn

Am 4. Juni 2010 waren etwa 100 Interessierte in das Casino der Fachklinik in Schleswig gekommen, um mit Prof. Karl Lauterbach, der auf Einladung von Sönke Rix in seinem Betreuungswahlkreis Schleswig-Flensburg zu Gast war, über die Auswirkungen der geplanten schwarz-gelben Gesundheitsreform zu diskutieren.

Sehr schnell war klar: Schon nach 100 Tagen im Amt ist das zentrale Wahlversprechen der schwarz-gelben Bundesregierung geplatzt. Für die Mehrheit der Menschen wird es keine Entlastung geben. Millionen von gesetzlich Versicherten müssen nun ohne Beteiligung der Arbeitgeber Zusatzbeiträge an ihre Krankenkassen zahlen.

Schwarz-Gelb will mit der Einführung der Kopfpau-

schale sogar noch weitergehen und die Zweiklassenmedizin zementieren. Die Kopfpauschale belastet Arme stärker als Reiche. Die Arbeitgeber bleiben verschont. Damit müssen Millionen von Menschen vor jedem Arztbesuch zum Sozialamt. Eine gute gesundheitliche Versorgung wird zum Luxus.

Für die SPD ist Gesundheit ein wertvolles Gut. Jeder Mensch muss unabhängig

vom Geldbeutel Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben. Starke müssen mehr schultern als Schwache. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Zusatzbeiträge darum wieder abschaffen und die solidarische Bürgerversicherung einführen.

Die Bürgerversicherung wird die Trennung von privater und gesetzlicher Krankenkasse aufheben. Alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einkommensarten sollen darin einbezogen werden. Beitragsätze könnten so dauerhaft stabil gehalten und die Qualität unseres Gesundheitssystems verbessert werden.

Interview: Ein Blick zurück mit Eckart Kuhlwein

► **Frage:** Die SPD-MdBs aus SH haben seinerzeit die an der Parteibasis zum Teil umstrittene Politik der sozial-liberalen Regierung unter Kanzler Schmidt loyal mitgetragen. Wobei fiel Euch das besonders schwer?

Kuhlwein: Bei der Atompolitik, der Nachrüstung, bei Steuersenkungen, bei der „Kontaktsperre“ für einsitzende „Terroristen“ und ihre Anwälte, beim Olympia-boycott für Moskau 1980.

► Die aktuelle Landesgruppe versucht immer wieder, thematische Impulse in die Partei hinein zu geben. Welche Initiativen gingen zu Deiner Zeit von der Landesgruppe aus?

Wir waren im Landesvorstand vertreten und haben dort in Doppelfunktion einiges bewegt: Bildungspolitik, Umweltpolitik, Steuerpolitik. Und das dann auch in die Fraktion getragen. Der schärfste Konflikt mit der Regierung Schmidt entstand bei der Atompolitik. Wir haben frühzeitig auf den Ausstieg hingearbeitet

und sogar mit Stimmverweigerung beim „Schnellen Brüter“ gedroht.

► Barschel- und Schubladen-Affäre, gescheiterte Ministerpräsidentinwahl und Schiffbruch der Großen Koalition – Schleswig-Holstein ist bundesweit inzwischen für seine ungewöhnlich zahlreichen politischen Krisen bekannt. Warum ist das nördlichste Bundesland ein so heißes Politik-Pflaster, und was hat die SPD dazu beigetragen?

Die Vorgänge sind nicht miteinander zu vergleichen. Aber wir haben eine etwas merkwürdige Medienlandschaft, die im Zweifel gern die SPD für alles verantwortlich macht. Darunter hat schon Jochen Steffen leiden müssen. Gelegentlich prallen auch Dickschädel aufeinander. Der „Heide-Mord“ war ein Einzelfall. In der Regel ist die SPD bei uns ziemlich geschlossen und solidarisch. Die „Krisen“ werden fast immer von der Union und der FDP inszeniert.

► „Opposition ist Mist“ lautet ein Spruch von Münte. Welche Arbeit hat Dir mehr Freude bereitet? Regieren oder Opponieren?

Opponieren war einfacher. Aber es war frustrierend, wenn unsere zu Papier gebrachten guten Absichten schnell im Archiv landeten. Für das Regieren gilt: Das Parlament muss sich seine Rechte auch von der eigenen Regierung zurückerkämpfen. Die Leitmedien müssen lernen, dass das (auch öffentliche) Austragen von Konflikten wesentlicher Bestandteil von Demokratie ist.

► Was wünschst Du Dir von der aktuellen Landesgruppe in Berlin?

Dass sie sich so versteht, wie es Gerd Walter einmal formuliert hat: Links, dickschädelig und frei - und damit eine gute politische Tradition fortsetzt. Dass sie deshalb an einer nachhaltigen Zukunft mitarbeitet, wie wir sie in unseren Programmaussagen formuliert haben. (nb)



Eckart Kuhlwein

geb. 11. April 1938; Diplomvolkswirt, Journalist, 1973-2003 Mitglied des SPD-Landesvorstands SH; 1971-1976 MdL; 1976-1998 MdB; 1981-1982 Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft; 1990-1994 Sprecher der SPD-Landesgruppe; 1994-1998 Sprecher der Parlamentarischen Linken; Gründungsmitglied „umWeltforum“ der SPD SH; Bundesfachgruppenleiter für Naturschutz und Sanften Tourismus (NUST) der Naturfreunde Deutschlands.

Von A wie Atomausstieg bis Z wie Zukunftsprogramm



Eckart Kuhlwein

Links, dickschädelig und frei

30 Jahre im SPD-Vorstand in Schleswig-Holstein

rotation

„Links, dickschädelig und frei“ ist beim rotation-Verlag als book-on-demand erschienen und kostet 19,90 Euro

Wie kam es eigentlich dazu, dass auf ordentlichen Parteitagen der SPD SH früher „Goldene Spikes“ für den besten innerparteilichen Schienbeintritt verliehen wurden? Wer dies und viele andere Details aus der turbulenten Geschichte des nördlichsten SPD-Landesverbandes erfahren oder sich einfach nur an die „alten Zeiten“ erinnern möchte, dem sei das Buch „Links, dickschädelig und frei“ von Eckart Kuhlwein empfohlen. Das SPD-Urgestein hat sein prall gefülltes Archiv mit Unterlagen

aus 30 Jahren im Landesvorstand durchstöbert und einen interessanten Überblick über die Genese der linken Programmpartei von den späten 60er Jahren bis heute zusammengestellt. So ist es z.B. spannend nachzuvollziehen, wie sich die SH-SPD von Atomstrombefürwortern im Jahr 1971 zu überzeugten Verfechtern erneuerbarer Energien im Jahr 1988 mauserte und Schleswig-Holstein bundesweit zum Vorreiter in punkto Windenergie machte. Kuhlwein beschreibt Entwicklungen im Landesver-

band und setzt sie in Kontrast zur vorherrschenden Meinung in Bundes-SPD und SPD-Bundestagsfraktion. Ihm geht es in erster Linie um politische Prozesse, weniger um Personen, doch sind viele handelnde Personen natürlich untrennbar mit der Parteihistorie verbunden.

Wer sich dabei nicht richtig getroffen fühlt, sollte die Schuhe mit den „Spikes“ aber im Schrank lassen und die eigene Sicht der Dinge lieber selbst zu Papier bringen.

Nadine Brockmann



Sonderseiten: Bewertung der Streichliste der Bundesregierung



GEHÖR FÜR KOMMUNEN



Bundestagsfraktion AG Kommunalpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,
das „Haushaltskonzept der Zukunft“ war seitens der Bundesregierung als großer Wurf angekündigt worden. Unser Fazit ist: Schwarz-Gelb wird den immensen Belastungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise nicht gerecht. Sie zeigen kein Krisenbewusstsein und leiten keinen gesellschaftlichen Neuanfang ein. Sie belasten wieder einmal die Kommunen und die Schwächeren in der Gesellschaft. Die AG-Kommunalpolitik hat eine Übersicht der Vorhaben und die entsprechenden Bewertungen unserer Bundestagsfraktion zusammengestellt (siehe unten und folgende Seite), die wir als Service für unsere Leser gern in unseren Infobrief aufnehmen. In der Tabelle nicht aufgeführt ist die „Streitkräftereform“ mit Einsparungen von zwei Mrd. Euro ab 2013. Viele Bürgermeister wissen, was das für sie bedeutet.

Beste Grüße

Ernst Dieter Rossmann

„ENTLASTUNG“ Bundeshaushalt	BELASTUNG Kommunen und Bürgerinnen & Bürger
<p>Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger</p> <p>„Einsparung“ 100 Mio. Euro jährlich</p>	<p>Wohngeld inkl. Heizkostenzuschuss (seit 2009) ist ein zentrales Instrument der Wohnungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Es erreicht Haushalte mit niedrigem Erwerbseinkommen und Rentnerinnen und Rentner. Wohngeld setzt Anreize, sich selbst um angemessenen Wohnraum zu bemühen und Energie zu sparen. Bezieher sind nicht nur auf das preiswerteste Wohnungsmarkt-Segment angewiesen. Ziel ist die Erhaltung/Schaffung stabiler Bewohnerstrukturen; Wohngeld beugt einer Spaltung des Wohnungsmarktes vor.</p> <p>Die Streichung des Heizkostenzuschusses schafft einen Verschiebebahnhof ins ALG II bzw. in die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“, mit ausschließlicher Verpflichtung zur preiswertesten Wohnung. Das destabilisiert den Wohnungsmarkt, torpediert kommunale Gesellschaftspolitik. Das Argument, der Ölpreis sei gesunken, ist falsch: Er liegt derzeit 34 Prozent über dem vom 1. Januar 2009.</p> <p>Wohngeld zahlen zu je 50 Prozent Bund und Länder. Kosten der Unterkunft des ALG II und der Grundsicherung im Alter bzw. wegen Erwerbsunfähigkeit werden überwiegend von den Kommunen getragen!</p>
<p>Streichung des befristeten Zuschlags auf Hartz IV nach Bezug des Arbeitslosengeldes I</p> <p>„Einsparung“ 200 Mio. Euro jährlich</p>	<p>Wer Arbeitslosengeld I bezogen hat, kann im Anschluss neben Arbeitslosengeld II für zwei Jahre einen monatlichen Zuschlag erhalten. Schwarz-Gelb behauptet der Zuschlag sei nicht mehr notwendig. Wir meinen hingegen, vorherige Beschäftigung soll weiterhin anerkannt und der Übergang vom ALG I zum ALG II abgedeckt werden.</p>
<p>Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose</p> <p>„Einsparungen“ 1,8 Mrd. Euro jährlich bis 2014 7,2 Mrd. Euro</p>	<p>Zeiten des ALG II-Bezuges wären keine Beitragszeiten mehr. Schwarz-Gelb meint, Altersarmut würde besser durch die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ bekämpft, als durch Einzahlungen in die Rentenversicherung. Diese Grundsicherung ist eine Form der Sozialhilfe. Sie wird unter anderem an Menschen über 65 gezahlt, deren Rente nicht zum Leben reicht. Seit 2003 hat sich die Zahl der Empfänger um über 330.000 (plus 75 Prozent) erhöht. Insgesamt zahlten hierfür Kommunen und überörtliche Träger rd. 4 Mrd. Euro. Anstatt Rentenansprüche zu festigen, werden nun bewusst Menschen in die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ abgeschoben. Die Bundesregierung zieht sich aus der Verantwortung zurück und wälzt die Kosten auf Kommunen ab.</p>

Sonderseiten: Bewertung der Streichliste der Bundesregierung

„ENTLASTUNG“ Bundeshaushalt	BELASTUNG Kommunen und Bürgerinnen & Bürger
<p>Umwandlung von Pflichtleistungen der Bundesanstalt für Arbeitslose in Ermessensleistungen</p> <p>„Einsparungen“ 2011: Bund 0,5 Mrd. + BA 1,5 Mrd Euro, insgesamt bis 2014: Bund 6 Mrd. + BA 10 Mrd. Euro</p>	<p>Schwarz-Gelb will durch „Umwandlung“ Effizienzsteigerungen auf dem Arbeitsmarkt erzielen. Wie das gehen soll, bleibt ein Geheimnis. Statt höherer Effizienz kommt Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage. Fallmanager und Arbeitsvermittler geraten unter Druck und verlieren Handlungsspielräume. Zudem kann aufgrund bestehender Leistungszusagen danach nur eingeschränkt neu bewilligt werden. Wer bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik kürzt, vernichtet Chancen und spart nichts! Die Zeche zahlen die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen.</p>
<p>Halbierung der Städtebauförderung</p> <p>„Einsparung“ 2011 von 300 Mio. Euro <i>zusätzlich</i></p> <p>(Kürzungen sollen bis 2014 fortgesetzt werden)</p>	<p>Kürzungen bei der Städtebauförderung und den KfW-Mitteln zur CO²-Gebäudesanierung sind verheerend. Städtebauförderung wird durch Länder und Kommunen komplementär mitfinanziert. Ein Zurückfahren bedeutet deshalb eine Reduzierung von Investitionen und sozialen Maßnahmen um das Zwei- bis Dreifache.</p> <p>Städtebauförderung (605 Mio. Euro in 2010) ermöglicht eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch ausgewogene Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik. Baugewerbe und Handwerk profitieren von ihr nachhaltig und Kommunen im ländlichen Raum werden als Ankerpunkte der Daseinsvorsorge gestärkt. Aber auch die für Kommunen wichtigen Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost/West“ wurden von Ramsauer auf den Prüfstand gestellt.</p>
<p>Halbierung des CO²-Gebäude-Sanierungsprogramms</p> <p>„Einsparung“ 2011 von 450 Mio. Euro (Kürzungen sollen bis 2014 fortgesetzt werden)</p>	<p>Durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik können bis zu 80 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden. Bereits der aktuelle Bundeshaushalt sieht für 2011 eine Reduzierung der Mittel von 1,5 Mrd. Euro auf 875 Mio. Euro vor. Diese Summe wird nun noch halbiert. Damit setzt Schwarz-Gelb klimapolitische Ziele außer Kraft.</p>
<p>Streichung des Mindestelterngeldes von 300 Euro für Arbeitslose</p> <p>„Einsparung“ 400 Mio. Euro jährlich</p>	<p>Mindestelterngeld ist keine Lohnersatzleistung. Es dient nicht zur Sicherung des Existenzminimums, wie die Bundesregierung behauptet. Es ist eine „Anerkennungsleistung“ für die Erziehung von Kindern, für die nicht-erwerbstätige Ehefrau eines Millionärs ebenso, wie für ALG II-Empfänger. Während die Millionärs-gattin weiterhin 300 Euro Mindestelterngeld erhalten soll, wird es der ALG II-Empfängerin gestrichen!</p>
<p>Absenkung des Elterngeldes</p> <p>„Einsparung“ 200 Mio. Euro jährlich</p>	<p>Wir wollen keine Eltern zweiter Klasse. Aber der Union war es nie ernst mit einer modernen Familienpolitik.</p>

> Drohendes Ungemach auch bei der Gemeindefinanzkommission <

Schwarz-Gelb will sich auf ein Modell einigen, das die Handschrift der FDP trägt, das sogenannte „**Prüfmodell**“. Die Gewerbesteuer würde abgeschafft und durch Zuschläge der Städte und Gemeinden auf die Körperschaft- und Einkommensteuer und einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer ersetzt. Das wäre völlig unzureichend. Den Ländern drohte ein Verlust von 5,5 Milliarden Euro jährlich.

Das FDP-Modell begünstigt gewerbliche Unternehmen zu Lasten aller übrigen Steuerpflichtigen. Die Besteuerung würde zudem nicht mehr am Ort der Betriebsstätte sondern am Wohnsitz z. B. der Personengesellschaft anfallen. Damit wird vielen Kommunen der Anreiz genommen, in Straßen, Gewerbegebiete und sonstige Infrastruktur zu investieren. Das enge Band zwischen Kommune und örtlicher Wirtschaft würde zerschnitten! Gewinnverschiebungen ins Ausland würden attraktiver und ausländische Verluste könnten leichter nach Deutschland verlagert werden.



Impressionen von der Präsidentenwahl



Foto: Elke Ferner



Foto: Elke Ferner

So hatten die Wahlmänner und -frauen der SPD SH sich den Verlauf der Bundestagswahl sicher nicht vorgestellt. Drei Wahlgänge und neuneinhalb Stunden brauchte es am 30. Juni, bis der neue Bundespräsident endlich feststand. Ein denkwürdiger Tag, an dem viele außergewöhnliche Dinge passierten: z.B. eine gemeinsame Sitzung aller Vertreter von SPD und Grünen im SPD-Fraktionssaal.

Nachdem die abgegebenen Stimmen für Wulff endlich reichten, trauten einige MdBs ihren Augen nicht, als sie eine herzliche Umarmung von Gesine Löttsch und Angela Merkel beobachteten. Befremdlich auch der Kommentar von Kauder beim Händedruck mit Gysi: „Hat ja alles prima geklappt“, sagte der CDU-Fraktionschef zu Frieden zum Linken.

An guter Stimmung dürfte es den SPD-SH-Delegierten hingegen trotzdem nicht gemangelt haben. Denn am Abend vor der Wahl hatten viele von ihnen fröhlich auf dem SPD-Fraktionsfest gefeiert - und einige sogar getanzt... (nb)

Foto links: Heide Simonis und Gabriele Hiller-Ohm im SPD-Fraktionssaal; Foto oben: Gruppenbild ohne Ministerpräsidentin a.D. - die SPD-Delegation aus Schleswig-Holstein; Foto unten: Ralf Stegner und Franz Müntefering im Gespräch beim Fest am Vorabend der Wahl



Foto: SPD-Bundestagsfraktion

Die Landesgruppe im Gespräch

Anfang Mai hatte die Landesgruppe die für Schleswig-Holstein zuständigen Hauptstadtjournalisten traditionsgemäß zum jährlichen **Dämmerstopp** eingeladen. Diesmal ebenfalls bei der geselligen Abendrunde zugegen: SPD-Pressesprecher **Amin Hamadmad** und sein Chef **Ralf Stegner**.

Ebenfalls im Mai waren der DGB-Nord-Vorsitzende **Uwe Polkaehn** und weitere zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Einzelgewerkschaften beim Landesgruppenfrühstück der SH-MdBs zu Gast. Gemeinsam mit Abgeordneten aus Meck-Pomm und Hamburg vereinbarte die Runde, sich jetzt künftig zwei mal im Jahr zu konkreten Themen zu treffen. Den Anfang sollen Gespräche zu kommunalen Finanzen und guter Arbeit machen.

Mitte Juni waren Jürgen **Goecke**, Leiter der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit mit seiner Mitarbeiterin **Melanie Sonneborn** zu Gast beim Landesgruppenfrühstück. Hinsichtlich der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sagte Goecke: „Es ist ein Wunder, was da stattfindet. Wir hätten fast an unseren eigenen Zahlen gezweifelt.“

Die Kommunen in Schleswig-Holstein, die sich jetzt mit dem Gedanken tragen, Optionskommune zu werden, warnte er, sich diesen Schritt gut zu überlegen: „Die Optionslösung ist strukturell bedingt teurer; die Umstellung aufs neue IT-System dauert Monate.“

- Newsticker - Newsticker - Newsticker -

Sparen an den Minderheiten

Nachdem die Bundesregierung während der Haushaltsverhandlungen bereits die Interessen der Minderheiten mit Füßen getreten hat, greift nun auch die Landesregierung zum Sparhammer. 4,6 Millionen Euro sollen an den Dänischen Schulen in Schleswig-Holstein eingespart werden. **Sönke Rix** und **Franz Thönnies** als Mitglieder in den Gremien für Minderheitsfragen des

Deutschen Bundestages und des Landtags Schleswig-Holstein erklären dazu: „Eine glaubwürdige Minderheitenpolitik sieht anders aus!“

Betriebsräte in Berlin

Auf Einladung der schleswig-holsteinischen SPD-MdBs waren Mitte Juni zehn Betriebs- und Personalräte aus Schleswig-Holstein zur Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Faire Arbeits- und Lohnbedingungen für alle

Beschäftigten“ nach Berlin gekommen. Fraktionsvorsitzender **Frank-Walter Steinmeier** und Parteichef **Sigmar Gabriel** diskutierten mit den Teilnehmern u.a. über die Regulierung der Leiharbeit und die Ausweitung des Arbeitnehmerentendengesetzes auf alle Branchen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird den intensiven Dialog mit den Betriebsräten fortsetzen, u.a. mit zwei Konferenzen in Schleswig-Holstein in der zweiten Jahreshälfte.